

SPRACHLICHE FOLGEN DER TEILUNG DEUTSCHLANDS ERNEUT IN DER DISKUSSION

Anmerkungen zu einem linguistischen Kolloquium in Frankfurt/M.

Die sprachlichen Folgen der Teilung Deutschlands stehen seit der Gründung der beiden in ihrem Gesellschaftssystem so unterschiedlichen Staaten immer wieder im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Auch die Sprachwissenschaft hat sich kontinuierlich mit diesem Thema befaßt, in der DDR ebenso wie in der Bundesrepublik. Wesentliche forschungsgeschichtliche Stationen hier im Westen waren 1962 eine Tagung in Auel bei Bonn und acht Jahre danach ein Kolloquium in Mannheim. Diese Unternehmen - beide initiiert von Prof. Hugo Moser, einem Nestor der sprachlichen Ost-West-Forschungen - gaben einerseits einen guten Überblick über den jeweiligen Forschungsstand, zum anderen waren sie Anreger und Wegweiser für die nachfolgenden Arbeiten. Die Aueler Tagung von 1962 setzte sich vor allem sprachkritisch mit bestimmten Erscheinungen des DDR-Sprachgebrauchs auseinander. Ganz im politischen Trend der Jahre des kalten Krieges liegend wurde dabei (methodisch zum Teil recht unreflektiert) mit Hilfe der Sprachkritik vielfach und handfest Ideologiekritik betrieben. Methodenkritische und sprachtheoretische Gesichtspunkte traten danach notwendigerweise mehr und mehr ins Blickfeld der Forschung und prägten weitgehend das 1970 vom Institut für deutsche Sprache in Mannheim veranstaltete Kolloquium. In den 70er Jahren blieb das Mannheimer Institut westdeutsches Zentrum der sprachlichen Ost-West-Forschung, der es sich schon seit seiner Gründung im Jahre 1964 zugewandt hatte.

Nach mehr als 12-jähriger Pause trafen sich im Herbst 1983 erstmals wieder rund ein Dutzend westdeutscher Sprachgermanisten, die mit dem Thema in Forschung und Lehre mehr oder weniger kontinuierlich befaßt sind. Initiatoren waren Prof. Dr. Horst Dieter Schlosser vom Institut für deutsche Sprache und Literatur der Frankfurter Universität und Dr. Manfred W. Hellmann, langjähriger Bearbeiter des sprachlichen Ost-West-Themas im Mannheimer Institut. Der rege Meinungs Austausch mündete

seinerzeit in konkrete Planungen einer zentralen wissenschaftlichen Fachtagung, die nun in diesem Frühjahr, vom 21. - 23. Februar 1985 stattgefunden hat. Gastgeber waren wiederum die Universität Frankfurt und die beiden oben genannten Initiatoren des 83er Treffens. Der Einladung folgten ca. 30 Linguisten aus der Bundesrepublik (vorwiegend aus dem Hochschulbereich), hinzu kamen Gäste aus Großbritannien und aus Schweden. Vor allem die schwedische Sprachgermanistik hat sich des sprachlichen Ost-West-Themas in den vergangenen 30 Jahren kontinuierlich und intensiv angenommen.

*

Daß von einer Spaltung der deutschen Sprache in eine Sprache Ost und in eine Sprache West nicht die Rede sein kann - darüber besteht bei west-deutschen Sprachgermanisten schon seit vielen Jahren weitgehend Konsens, und es hätte keiner Tagung bedurft, um diese Erkenntnis erneut zu bestätigen. Die vorhandenen Unterschiede im Wortschatz (neue Wörter oder Wortbedeutungen auf beiden Seiten), so spürbar sie in manchen Sach- und Sprachbereichen auch ausfallen, stellen im Blick aufs Ganze, auf den Gesamtwortschatz, keine ernsthafte Gefährdung der Spracheinheit dar und sind als Hindernisse der Verständigung überwindbar. Gravierend und auffallend sind vor allem die Unterschiede zwischen der öffentlichen Sprache in West und Ost. Inwieweit ideologische Normen auch im sprachlichen Bereich - im öffentlichen wie im privaten - ihren spürbaren Niederschlag finden, war eine der wesentlichen Fragestellungen der Frankfurter Tagung, deren zentrales Thema "Sprachliche Normen und Normierungsfolgen in der DDR" hieß.

Der Hauptakzent lag also, und das ist charakteristisch für die gesamte bisherige Forschungsarbeit zum sprachlichen Ost-West-Thema in der Bundesrepublik, auch in Frankfurt im wesentlichen auf dem Sprachgebrauch in der DDR. Daß dennoch - und was hätte näher gelegen! - keine Linguisten aus der DDR am Frankfurter Treffen teilnahmen, lag nicht daran, daß sie nicht hätten kommen können bzw. dürfen, sondern daran, daß gar keine Einladungen an sie ergangen waren. Die Veranstalter nannten zu Beginn des Kolloquiums zwei Gründe dafür. Zum einen sollte die Tagung einer

70

westdeutschen Bestandsaufnahme der Forschung (immerhin ja der ersten seit 1970) vorbehalten bleiben. Schwerwiegend vor allem der zweite Grund: seit etwa zwei Jahren ist in der thematisch einschlägig arbeitenden Sprachgermanistik der DDR ein Prozeß in Gang gekommen, der deutlich eine Abkehr von lange vertretenen und verteidigten Positionen erkennen läßt, eine Abkehr von der These der sprachlichen Sonderentwicklung in der DDR, von einer "sozialistischen Sprachvariante" der deutschen Sprache und somit von verschiedenen deutschen Sprachen. Jüngste Arbeiten von DDR-Linguisten sprechen jetzt von "der deutschen Sprache in der DDR" und betonen, daß eine weitgehende Differenzierung und Verselbständigung der deutschen Sprache in der DDR nicht feststellbar und auch nicht wünschenswert ist, daß es angebracht ist, die deutsche Sprache in der DDR "nicht weiter DDR-isolationistisch zu spezifizieren".¹ Da diese für die weitere Entwicklung des Forschungsgebiets außerordentlich bedeutsamen Diskussionen offensichtlich noch in Gang sind, wäre es - so die Veranstalter - wenig sinnvoll gewesen, die Frankfurter Tagung mit dieser Problematik zu belasten. Begrüßt wurden die neuen Positionen der DDR-Linguistik von den Tagungsteilnehmern rückhaltlos und uneingeschränkt, zumal ein Gespräch mit DDR-Linguisten über den gemeinsamen Forschungsgegenstand damit erstmals möglich und aussichtsreich erscheint, ein Gespräch, das nicht mehr vorzeitig in ideologisch-terminologischen Auseinandersetzungen über eine Zweisprachentheorie steckenbleiben muß.

Die Erörterungen dieser neuen Auffassungen in der DDR-Linguistik zur Einheit der deutschen Sprache bzw. zur Spezifik der deutschen Gegenwartssprache wurden von den Teilnehmern in auffallend behutsamer und sehr sachlicher Weise vorgenommen. Dies hier ausdrücklich hervorzuheben, erscheint mir vor allem deshalb notwendig, weil in einem Bericht der Tageszeitung DIE WELT über das Frankfurter Kolloquium der Eindruck erweckt wird, als sei dort ein lautstarker Sieg der "gesamtdeutschen Sache" gefeiert und DDR-Linguisten der Status von "grimmigen" und "mutigen" Regimegegnern oder auch Dissidenten zugesprochen worden.² Es stellt sich die Frage, wem eine derart verzerrte Darstellung nützt: den Kollegen in der DDR zumindest ebensowenig wie einem nun in greifbare Nähe gerückten Dialog.

Zwölf wissenschaftliche Vorträge wurden während des Frankfurter Kolloquiums gehalten.³ Am Anfang standen zwei grundlegende Referate zur Entwicklung der Sprachnormdebatte in der DDR, die Einblicke in eine erstaunlich kontinuierliche und intensive Begriffsdiskussion in der DDR gaben, eine Diskussion, zu der es in der Bundesrepublik kaum Vergleichbares gibt. Verwiesen wurde auf starke Wandlungen bei der Bewertung der Mundarten, auf Änderungen der Einschätzung der Umgangssprache und auf den stets hohen Stellenwert, der der Standardsprache und ihrer Pflege zugemessen wird. Das Themenspektrum der folgenden Referate reichte von den Normen der Namensgebung über Kinder- und Jugendsprache bis zum Sprachgebrauch in der Berichterstattung in den Massenmedien Presse und Fernsehen. Praxisorientierte Textanalysen standen neben empirischen Beobachtungen anhand der gesprochenen Sprache, die damit seit Jahrzehnten erstmals wieder Gegenstand westdeutscher Untersuchungen geworden ist. Methodenkritische und mehr theorieorientierte Ansätze, wie sie auf der Mannheimer Tagung 1970 - damals zu einseitig - dominierten, waren jetzt in Frankfurt auffallend wenig gefragt. Als charakteristisch erwiesen sich unbefangene praktische Analysen mit gelegentlich recht schmaler theoretischer Vorbesinnung. DDR und Bundesrepublik im Kontrast behandelten leider nur zwei Beiträge: in dem einen ging es um den Leipziger und um den Mannheimer Duden als Normierungsinstrumente, im anderen um den Vergleich von Worthäufigkeiten als Indikatoren für Stil und Einstellungsunterschiede in Zeitungstexten der DDR und der Bundesrepublik. Artikuliert wurden schließlich in zwei Beiträgen die Bedürfnisse der Schule und der Auslandsgermanistik nach angemessener und sachgerechter Information über die deutsch-deutsche Sprachsituation durch die Sprachgermanistik.

Bei den Referaten und den anschließenden Diskussionen blieben die Wissenschaftler unter sich. Der interessierte Bürger war zu einer Podiumsdiskussion in der Frankfurter Universität eingeladen, die zum Thema "Sprachliche Normen in der DDR und in der Bundesrepublik - Brücke oder Schranke der Verständigung?" Gesprächspartner vorwiegend mit intensiven (gegenwärtigen oder früheren) DDR-Erfahrungen zusammenführte.⁴ Das heißt: Gesprächspartner waren sie eigentlich nicht. Vielmehr trat an die

Stelle des erwarteten lebhaften Gedankenaustausches eine Aneinanderreihung gewiß sehr aufschlußreicher und interessanter, aber insgesamt viel zu langer Statement-Monologe, die den Zuhörern ein Höchstmaß an Konzentration abverlangten.⁵ Einig waren sich die Damen und Herren auf dem Podium darin, daß man sich heute hier wie drüben problemlos in Deutsch verstehen kann, daß die Probleme oder auch Schwierigkeiten in der Verständigung offenbar weniger an der sprachlichen Oberfläche liegen und nicht nur an einzelnen Wörtern festzumachen sind. Verständigungsschwierigkeiten, so wurde konstatiert, resultierten vor allem aus unterschiedlichen Verhaltensweisen, aus dem unterschiedlichen kommunikativen Gestus sowie aus den jahrelangen differierenden Alltagserfahrungen der Dialogpartner. Die Berichte der Podiumsteilnehmer waren über weite Strecken geprägt durch aufschlußreiche Details im Hinblick auf solche Alltagserfahrungen, die, wie sich zeigte, bei linguistischen Untersuchungen in Zukunft stärker berücksichtigt werden müßten.

Kritisch hinweisen möchte ich auf eine Beobachtung, die sich sowohl während der wissenschaftlichen Diskussion wie in den Podiumsberichten mehrfach anstellen ließ, eine Beobachtung, die sich im übrigen in Diskussionen über das sprachliche Ost-West-Thema generell machen läßt. Der empirisch fundierte Verweis auf sprachliche Fakten und Spezifika im Bereich der DDR wird bisweilen vorschnell mit dem Hinweis konterkariert und disqualifiziert, daß es das diskutierte Phänomen in der Bundesrepublik so oder zumindest ähnlich auch gäbe, daß die sprachlichen oder auch außersprachlichen Gegebenheiten hier im Westen im Grunde dieselben seien. Dabei werden jedoch in der Regel Phänomene miteinander verglichen und auf ein und dieselbe Stufe gestellt, die tatsächlich von großer struktureller Unterschiedlichkeit und somit unvergleichbar sind. Die Unterschiede hier aufzuhellen und ihre Spezifik exakt zu beschreiben, das gerade erscheint mir als wissenschaftliche Aufgabe. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist es, bestimmte relevante Bereiche des Sprachgebrauchs hier in der Bundesrepublik (z.B. Formen der Sprachregelung, der Manipulation, des politischen Sprachgebrauchs generell) intensiver als bisher linguistisch aufzuarbeiten. Es dürfte sich dann sehr schnell der empirisch-faktische Nachweis darüber führen lassen, daß das, was immer wieder als gleichartig hingestellt wird, kaum Gemeinsamkeiten aufweist.

Die Linguisten trennten sich in Frankfurt mit dem Wunsch nach intensiverer Zusammenarbeit und kontinuierlichen Kontakten und in der Hoffnung, daß es nicht wiederum länger als 10 Jahre dauert, bis man zu umfassenden wissenschaftlichen Diskussionen zusammenkommt. Zwischen den größeren Tagungen sollen Arbeitstreffen im kleineren Kreis mit jeweils engerer Thematik stattfinden.

Das Thema der Sprachentwicklung in beiden deutschen Staaten bleibt also auch weiterhin auf der Tagesordnung der bundesdeutschen Sprachgermanistik. Hatte doch Minister Windelen vor Jahresfrist darauf gedrängt, diesem Thema, das, wie er sagte, bei der wissenschaftlichen Erforschung in der Bundesrepublik in den letzten Jahren zu kurz gekommen sei, wieder stärkere Beachtung zu widmen. Er verwies damals darauf, daß es im Rahmen der Deutschlandpolitik notwendig sei, die sprachliche Entwicklung sorgfältig im Auge zu behalten, um kein Defizit an wissenschaftlicher Politikberatung entstehen zu lassen.⁶

Nachdem in den 60er und 70er Jahren wesentliche Impulse bei der Erforschung des sprachlichen Ost-West-Themas vom Institut für deutsche Sprache ausgegangen waren, scheint nun Frankfurt und die universitäre Sprachgermanistik zum Zentrum der weiteren Arbeit zu werden.

Anmerkungen

- 1) Vgl. hierzu: Zeitschrift für Phonetik Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung 1984, H. 4, S. 415 ff.
- 2) Ausgabe vom 2.3.1985, S. 31. Titel: "Linguistisches Kolloquium in Frankfurt: Es gibt nur eine deutsche Sprache. Die Ohnmacht des Unwahren".
- 3) Die Beiträge und Ausschnitte aus den Diskussionen werden in einem Sonderheft der Zeitschrift "Germanistische Linguistik" veröffentlicht.

- 4) Dr. Manfred Ackermann (Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, Berlin/O.), Irene Böhme (Dramaturgin, Schiller-Theater Berlin/W.), Marlies Menge (DIE ZEIT, akkreditiert in Berlin/O.), Dr. Hans-Joachim Schädlich (Schriftsteller, Berlin/W.), Prof. Dr. H.D. Schlosser (Universität Frankfurt/M.); Diskussionsleitung: Prof. em Dr. Gustav Korlén (Stockholm).
- 5) Ausschnitte aus der öffentlichen Veranstaltung wurden inzwischen vom Deutschlandfunk und vom Hessischen Rundfunk gesendet.
- 6) Vgl.: Pressemitteilung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen Nr. 22/84, S. 5.